



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 5. Dezember 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

B 101 B Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018–2021 mit Entwurf Voranschlag 2018 - Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2018 des Kantons Luzern / Finanzdepartement

Hans Stutz zieht die folgenden Anträge 1 und 2 zurück:

Antrag Stutz Hans zu S. 77 / H0-1010 - Staatskanzlei: Die vorgesehene Anlaufstelle für Personalangelegenheiten (B 33) ist umgehend einzurichten und das Globalbudget um 20 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Stutz Hans zu S. 77 / H0-1010 - Staatskanzlei: Die Aufstockung des Personalbestands beim Datenschutzbeauftragten ist per 1. Juli 2018 umzusetzen und das Globalbudget um 100 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Fässler Peter zu S. 136 / H1-6620 JSD - Polizeiliche Leistungen: Die Aufstockung 2018 um 5 Stellen ist zu gewähren und auf den Abbau von 6 weiteren Stellen ist zu verzichten. Das Globalbudget ist um 1,3 Mio. Franken zu erhöhen.

Peter Fässler: Der Kanton Luzern will ein attraktiver Standort für Firmen sein. Der Kanton Luzern will auch ein attraktiver Kanton für seine Bevölkerung sein. Glauben Sie, dass diese Attraktivität weiterhin gewährleistet ist, wenn neue Kriminalitätsformen nicht bekämpft werden und unbearbeitet bleiben und wenn die Einsatzbereitschaft der Polizei bei Grossereignissen wie Terroranschlägen oder Ähnlichem reduziert ist? Oder glauben Sie sogar, dass ein solcher Anschlag in Luzern gar nie vorkommen könnte? Oder glauben Sie an die Attraktivität, wenn die Patrouillendichte im Kanton laufend abnimmt und die Interventionszeit bei Notrufen weiter erhöht wird? Glauben Sie, dass es dem Kanton Luzern gut ansteht, wenn Strafverfolgungen weiter eingeschränkt werden müssen und Drogendelikte, Menschenhandel und Internet-Kriminalität nicht mehr geahndet werden können, so wie wir es von Marcel Omlin selbst in seiner Rede gestern gehört haben? Liegt Luzern deshalb bei der Droge Methamphetamin an fünfter Stelle der grossen Schweizer Städte? Glauben Sie, es dient dem Image des Kantons, wenn die präventive Präsenz der Uniformpolizei weiter reduziert wird? Wenn Sie das glauben, waren Sie heute Morgen im ökumenischen Gottesdienst am richtigen Ort, um sich mit Ihrem Glauben auseinanderzusetzen. Heute geht es jedoch darum, dass die Luzerner Polizei genügend Ressourcen braucht, um ihren Auftrag auszuüben und ihr staatliches Gewaltmonopol zu sichern. Es geht darum, dass die Luzerner Polizei präventiv arbeiten kann, um später teure Schäden zu verhindern, und dass einzelne Formen der Kriminalität nicht unwiderruflich aus dem Ruder laufen. Dies ist jedoch in einzelnen Bereichen laut Fachleuten schon geschehen. Gerne wüsste ich vom Sicherheitsdirektor, in welchen Bereichen die Ermittlungstätigkeiten bei der organisierten Kriminalität zurückgefahren oder eingestellt wurden. Es geht auch darum, dass der Kanton Luzern nicht zu einem Eldorado für kriminelle Banden aller Art wird. Muss es in diesem Kanton so weit kommen, dass die Bevölkerung nach Bürgerwehren ruft, wie es in Oftringen im Kanton Aargau geschah, oder dass sich die Bevölkerung selber

bewaffnet wie in den USA? Ein Bekannter erklärte mir, er müsse keine Angst haben, er habe bereits mit vier Jahren schießen gelernt. Das sind nur ein paar Argumente, weshalb es Ihnen gut anstehen würde, diesem Antrag zuzustimmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Marcel Omlin.

Marcel Omlin: In meinen Eintretensvoten versuche ich jeweils, die Meinungen der Fraktionen wiederzugeben und nicht meine eigene. Die Anträge 3 bis 12 sind der PFK nicht vorgelegen. Im Sinn eines effizienten Ratsbetriebes werde ich deshalb zu den nachfolgenden Anträgen keine Stellung mehr nehmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Regierung anerkennt, dass der Personalbestand bei der Polizei langfristig aufgestockt werden muss. Durch die Arbeitszeiterhöhung haben wir Leistungen an der Front gewonnen. Diesen Umstand wollen wir nützen, deshalb sehen wir vor, die Aufstockungen wie ursprünglich geplant im Jahr 2018 vorzunehmen. Anlässlich der gestrigen Beratung der Anfrage A 442 und des Postulats P 430 haben wir uns bereits ausführlich mit den polizeilichen Leistungen befasst, darum gehe ich nicht weiter auf die gestellten Fragen ein. Laut dem Finanzleitbild werden drei Bereiche priorisiert, dazu gehört auch der Aufgabenbereich polizeiliche Leistungen. Die Regierung steht zu diesen Priorisierungen und wird sich entsprechend verhalten. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 86 zu 25 Stimmen ab.

Hans Stutz zieht den folgenden Antrag 4 zurück:

Antrag Stutz Hans zu S. 139 / H1-6620 JSD - Polizeiliche Leistungen: Auf die Verschiebung der Aufstockung um 5 Stellen ist zu verzichten und das Globalbudget um 600 000 Franken zu erhöhen.

Antrag Stutz Hans zu S. 139 / H1-6620 JSD - Polizeiliche Leistungen: Auf den Abbau der 6 Stellen ist zu verzichten und das Globalbudget um 700 000 Franken zu erhöhen.

Hans Stutz: Bei diesem Antrag geht es nicht um die geplante Stellenaufstockung, sondern um den geplanten Stellenabbau infolge der OE17. Dabei handelt es sich wohl um die widersinnigste Massnahme, sollen doch im nächsten Jahr sechs Stellen abgebaut und im übernächsten Jahr wieder aufgestockt werden. Das macht wenig Sinn. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es geht nicht darum, sechs Stellen durch Entlassungen abzubauen und im folgenden Jahr wieder Neuanstellungen vorzunehmen. Bei einem Korps von über 700 Mitarbeitenden kommt es immer wieder zu Austritten, meistens handelt es sich um Pensionierungen. Es würde tatsächlich keinen Sinn machen, ausgebildetes Personal zu entlassen, um danach wieder neues, allenfalls nicht ausgebildetes Personal zu suchen. Es geht um verzögerte Wiedereinstellungen bei bestehenden Stellen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 85 zu 26 Stimmen ab.

Antrag Schuler Josef zu S. 185 / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung: Für das Stipendienwesen ist das Globalbudget um 1 Mio. Franken zu erhöhen.

Josef Schuler: Ich halte an meinem Antrag fest, die Ausführungen dazu habe ich bereits anlässlich der Beratung des AFP gemacht.

Der Rat lehnt den Antrag mit 88 zu 23 Stimmen ab.

Antrag Celik Ali R. zu S. 190 / H2-3400 BKD - Berufs- und Weiterbildung - Stipendien/Darlehen: Das Globalbudget ist um 2,05 Mio. Franken auf 10,5 Mio. Franken zu erhöhen.

Ali R. Celik: Die Kürzung der Stipendienbeiträge ist schädlich für die kantonalen Bildungsinstitutionen und für den Kanton als Bildungsstandort. Die Kürzung der Beiträge in diesem Ausmass ist für die Förderung der Ausbildung kontraproduktiv. Die Kürzung der kantonalen Stipendienbeiträge würde Familien und Personen in finanziell schwierigen Situationen belasten. Ich halte an meinem Antrag fest.

Der Rat lehnt den Antrag mit 90 zu 20 Stimmen ab.

Antrag Celik Ali R. zu S. 205 / H3-3502 BKD - Kultur und Kirche: Auf die Sparmassnahme

bei der Kulturförderung ist zu verzichten und das Globalbudget um 760 000 Franken zu erhöhen.

Ali R. Celik: Ich finde es schade, dass die dringlich eingereichten Vorstösse zum Thema Kulturförderung nicht dringlich erklärt wurden. Sie wären eine gute Diskussionsgrundlage gewesen. Bei meinem Antrag geht es um eine Reduktion von 24 Prozent der Kantonsbeiträge zur Förderung von Kunst und Kultur im Jahr 2018. Wie kann Kunst und Kultur regional gefördert werden, wenn das Globalbudget nicht erhöht wird? Ich möchte deshalb von Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss wissen, was die Kürzungen für die regionale Kulturförderung bedeuten. Wie stellt sich der Regierungsrat die Förderung der kulturellen Vielfalt mit den knappen finanziellen Mitteln vor? Welche Produktionen werden zurückgestellt? Wie können die grossen Kulturbetriebe diese Lücken schliessen? Möchten Sie die Kulturförderung bewusst der Finanzpolitik opfern? Oder suchen wir nach optimierten Finanzierungslösungen für die Kulturförderung? Durch die Beitragskürzungen werden im Bereich Kultur und Kirche 10 Prozent der gesamten Vollzeitstellen gestrichen. Diese massive Kürzung der kantonalen Kulturförderungsbeiträge wird für Kulturschaffende und kleine Kulturinstitutionen kaum verkraftbar sein und sich massiv auf das Kulturangebot auswirken. Die Kürzung wird auch eine negative Auswirkung auf die grossen Kulturbetriebe des Kantons haben. Es bringt nichts, die grossen Kulturbetriebe grosszügig zu unterstützen, aber ihre Basis zu schwächen. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu überweisen.

Marcel Budmiger: In der Rede zur Saisonöffnung des Luzerner Theaters hat der Bildungs- und Kulturdirektor erwähnt, dass der Applaus der Lohn der Künstler sei. Applaus ist aber nicht nur Lohn, sondern auch ein Zeichen der Wertschätzung. Genau an dieser Wertschätzung fehlt es, wenn bei der Kulturförderung plötzlich Mittel gekürzt werden, ohne dass man wissen will, wo genau die Kürzungen vorgenommen werden sollen. Die entsprechenden Vorstösse zu diesem Thema wurden gestern nicht dringlich erklärt, deshalb bleiben auch unsere Fragen unbeantwortet. Die Antworten hätten aber für Ruhe gesorgt. Mit diesem Vorgehen werden nur Unruhe und Verunsicherung geschaffen. Dass das Parlament nicht über die effektiven Abbaumassnahmen Bescheid wissen will, ist das eine. Für die betroffenen Kulturschaffenden aber ist der Zustand unhaltbar. Ich möchte deshalb wissen, wo der Kanton Luzern in der Kulturförderung Schwerpunkte setzen will. Wann und wie kommuniziert der Kanton die Abbaumassnahmen gegenüber den Kulturschaffenden? Kultur ist kein Luxusgut, das in guten Zeiten gefördert und in schlechten Zeiten wegrationiert wird. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. In den letzten Jahren haben wir bei den grossen Kulturbetrieben Kürzungen vorgenommen. Deshalb liegt das Schwergewicht jetzt auf der Kulturförderung.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass die freien Kulturschaffenden 2017 zum ersten Mal von Sparmassnahmen betroffen waren. Prozentual gesehen hat es sich dabei um eine grosse Summe gehandelt, auch wir waren darüber nicht erfreut. Wenn Sie den Beitrag für 2018 beurteilen, bitte ich Sie zu beachten, dass die Kulturförderung immer aus zwei Töpfen gespiesen wird: einerseits mit ordentlichen Mitteln und andererseits mit Lotterieverträgen. Das Gesuchswesen für das freie Kulturschaffen in den Bereichen Theater, Tanz, freie und angewandte Kunst sowie Musik und Literatur ist auch 2018 von keinen Kürzungsmassnahmen betroffen. Wir werden auf die Förderung von kleineren und mittleren Museen verzichten und im Bereich der freien Kulturszene gewisse Einsparungen vornehmen müssen. Dank den Mitteln der Zusatzlotterie und der Übergangslösung, die uns von privater Seite in Aussicht gestellt wird, sollte sich die Reduktion in einem Rahmen von 100 000 Franken bewegen. Wir werden wie 2016 zwei Ausschreibungen pro Jahr durchführen. Im Vergleich zum Jahr 2017 sehen die Zahlen 2018 bereits wieder relativ gut aus. Bevor wir die Öffentlichkeit darüber informieren können, müssen wir die Beschlussfassung des Parlaments abwarten. Nach der Beschlussfassung durch das Parlament kommunizieren wir entsprechend.

Der Rat lehnt den Antrag mit 90 zu 22 Stimmen ab.

Christina Reusser zieht den folgenden Antrag 9 zurück:

Antrag Reusser Christina zu S. 225 / H5-5011 GSD - Sozialversicherungen: Die Beiträge von Kanton und Gemeinden an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) sind nicht zu kürzen. Das Globalbudget ist um 5,346 Mio. Franken auf 178,8 Mio. Franken zu erhöhen.

Antrag Meyer Jörg zu S. 225 / H5-5011 GSD - Sozialversicherungen: Der Kantonsbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) ist zu erhöhen. Das Globalbudget ist um 3,7 Mio. Franken zu erhöhen.

Jörg Meyer: Der Kantonsbeitrag an die IPV wurde von 37 Millionen Franken im Jahr 2012 auf 17 Millionen Franken im Jahr 2017 gekürzt. 2019 werden es vielleicht wieder 29 Millionen Franken sein; damit würden wir uns auf dem Niveau von 2014 befinden. Die kantonalen Richtprämien sind im gleichen Zeitraum um 11 Prozent gestiegen, die Bevölkerung ist um mehr als 5 Prozent gewachsen. Wir haben dieses Jahr eine rein finanzpolitisch motivierte Reduktion der Einkommensgrenze von 75 000 Franken auf 54 000 Franken erleben müssen. Die Unterstützung der Familien mit Kinderprämien soll aber gemäss Bundesgesetz unteren und mittleren Einkommen zugutekommen. Das kann bei 54 000 Franken nicht mehr der Fall sein. Wie auch der Regierungsrat in seinen wiederholten Berichten zur Existenzsicherung und Vermeidung von Schwelleneffekten immer wieder betont hat, ist die IPV eine der wirksamsten Massnahmen zur Unterstützung von Familien und Wenigverdienenden. Für die SP-Initiative sind innert nur einem Monat weit über 4000 Unterschriften gesammelt worden, ein eindrückliches Zeichen der Gesellschaft also. Gemäss dem geltenden Finanzrecht besteht nach all den abgelehnten Anträgen im Budget 2018 ein gesetzlich möglicher Spielraum von 3,7 Millionen Franken. Wir respektieren unsere Finanzgesetzgebung und sind bereit, uns daran zu halten, um ein gesetzeskonformes Budget zu erarbeiten. Aus diesem Grund passe ich meinen ursprünglich eingereichten Antrag von 1,4 Millionen Franken auf 3,7 Millionen Franken an, weil der entsprechende Spielraum dazu besteht. Mit diesen zusätzlichen Mitteln könnten wir nächstes Jahr über 100 Familien zusätzlich unterstützen.

Christina Reusser: Ich habe bereits heute Morgen die Wichtigkeit der IPV zu erklären versucht. Bei der Stelle für ausstehende Prämien und Kostenbeteiligung (Stapuk) wird eine grosse Anzahl Gesuche eingehen. Der direkte Zusammenhang zeichnet sich bereits ab, und auch der Regierungsrat rechnet mit höheren Zahlen. Mit dem vorliegenden Antrag haben wir die Möglichkeit, ein Zeichen dagegen zu setzen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Bei der Auszahlung der IPV ist die Gesamtsumme massgebend und nicht die Quelle. Im AFP ist eine Steigerung eingesetzt. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 87 zu 24 Stimmen ab.

Antrag Hofer Andreas zu S. 263 / H7-2040 BUWD - Umwelt und Energie: Das Globalbudget ist um 500 000 Franken zu erhöhen.

Andreas Hofer: Gestern hat unser Rat einem fortschrittlichen Energiegesetz zugestimmt. Es nützt aber nichts, einem Gesetz nur zuzustimmen, sondern es braucht auch Taten. Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen, und den kantonalen Beitrag für die Energieförderprogramme um 500 000 Franken zu erhöhen. Weil der Bund für jeden Franken des Kantons neu zwei Franken beisteuert, könnte der Kanton also zusätzlich 1 Million Franken beim Bund abholen. Somit würden zusätzlich 1,5 Millionen Franken für Energieförderprogramme zur Verfügung stehen. Diese zusätzlichen Gelder wären für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 wichtig. Es ist wichtig, der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Unser Gewerbe und somit auch der Kanton würden ebenfalls davon profitieren.

David Roth: Ich nehme zum vorangehenden Antrag bezüglich IPV Stellung. Der Kantonsbeitrag wird zwar minim erhöht, aber der Anteil für die nicht obligatorischen Leistungen sinkt nächstes Jahr. Fakt ist, dass die betroffenen Familien nächstes Jahr weniger Geld zur Verfügung haben werden.

Der Rat lehnt den Antrag mit 90 zu 21 Stimmen ab.

Antrag Hofer Andreas zu S. 276 / H8-2031 BUWD - Wirtschaft: Das Globalbudget ist um 50 000 Franken zu reduzieren.

Andreas Hofer: Ich versuche es erneut mit einem Sparvorschlag bei der Wirtschaftsförderung. Weil die Grünen nicht mehr in der WAK vertreten sind, stelle ich den Antrag heute. Ich bitte Sie, bei der Wirtschaftsförderung 2018 einmalig 50 000 Franken einzusparen. Es handelt sich um ein Zeichen der Solidarität und der allseits verlangten Opfersymmetrie. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 86 zu 27 Stimmen ab.

Fraktionserklärungen

Für die Grüne Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Die Grüne Fraktion hat die Finanzplanung ab 2019 klar abgelehnt, weil wir keine Informationen über die bevorstehenden Gesetzesänderungen haben. Die CVP will scheinbar kreative Vorschläge dazu einreichen, allerdings erst im Januar 2018. Der Kanton Luzern ist der einzige Kanton, in dem die bürgerliche Mehrheit keine Erhöhung der Dividendenbesteuerung will, obwohl es so schlecht um seine finanziellen Mittel steht. Wir steuern in einem Blindflug auf die nächsten Jahre zu, obwohl seit der Abstimmung über die Steuerfusserhöhung bereits sieben Monate vergangen sind. Die Finanzstrategie ist keinen Schritt weitergekommen und berücksichtigt das Abstimmungsergebnis in keiner Art und Weise. Wir haben ausführlich darüber diskutiert, welches Zeichen uns die Stimmbevölkerung im Mai gesetzt hat. Sie wollte keine Steuererhöhung, aber auch keine Einsparungen bei den Musikschulen. Laut der Bevölkerungsumfrage der Regierung hat das Volk die Steuererhöhung abgelehnt, weil es die Erhöhung als unfair empfand. Von denjenigen, die am meisten von der Steuerstrategie profitiert haben, hat man keinen speziellen Beitrag eingefordert, weder von den Unternehmen noch von den Vermögenden oder den Liegenschaftsbesitzern. Die Bevölkerung war nicht bereit dazu, die Löcher zu stopfen, nur damit andere davon profitieren können. Die Bevölkerung war sich sehr wohl bewusst, dass eine bürgerliche Mehrheit Klientelpolitik betreibt. Was heisst Klientelpolitik? Diese Politik hat vor knapp zehn Jahren begonnen, als der letzte Schritt der Steuerstrategie vollzogen worden ist. Mit der Steuerstrategie sollten neue Firmen angezogen werden, um die prognostizierten Steuerausfälle auffangen zu können. Leider ist es nicht so weit gekommen. Mittlerweile glaube ich, dass damals eine Mehrheit dieses Rates für sich selber gearbeitet hat. Sie hat für ihre Klientel das Geschenk einer Steuerminimierung gemacht. Von allen anderen wird aber verlangt, ihren Beitrag zu leisten. Mit der Ablehnung der Erhöhung der Dividendenbesteuerung haben Sie das klar postuliert. Sie haben kein Interesse daran, die strukturelle Unterfinanzierung zu ändern. Bereits im Juni dieses Jahres ist unsere Fraktion aktiv geworden und hat dringliche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht, die aber leider nicht erheblich erklärt worden sind. Wir sind noch weit entfernt von fairen Steuerverhältnissen, die auch der Verfassung entsprechen sollten. Heute sind wir keinen Schritt weiter, es liegen keine Lösungen auf dem Tisch. Die Ausgaben pro Einheit nehmen ab, es sind keine Entwicklungen mehr möglich. Zwar nehmen die Ausgaben zu, die Bevölkerungszahl aber auch. So etwas nennt man Perspektivlosigkeit. Hinzu kommen die Diskussionsverweigerung und dass die Hochrechnung nicht veröffentlicht wird. Sie haben es verpasst, Ihre Argumente zu vertreten, obwohl die Bevölkerung das wünscht. Der Regierungsrat hat sich eine emotionslose Debatte gewünscht. Trotzdem weise ich nochmals auf verschiedene Abbaumassnahmen der letzten fünf Jahre hin: Zwangsferien in den Schulen, Abbau im Asylwesen, Arbeitszeiterhöhung, Abschaffung des Dienstaltersgeschenks, Abbau bei der Behindertenbetreuung, Kürzung bei den Tixi-Taxi-Bons, Abbau bei den Stipendien, Kürzungen der Prämienverbilligung, Abbau der Polizeieinsätze, Streichung schulischer Angebote, Kürzungen im Kulturbereich, bei Museen und Hochschulen sowie Streichung der Volkshochschulbeiträge. Gleichzeitig sind verschiedenste Gebühren erhöht worden. Nur wenige sind von den Kürzungen nicht betroffen, für diese Klientel machen Sie Ihre Politik. Zum Glück sind die Wahlen nicht mehr so weit entfernt. Luzern ist gesamtschweizerisch gesehen ein Negativbeispiel und gilt als Lachnummer. Die Grüne Fraktion kann dem vorliegenden Budget nicht zustimmen, da es

einmal mehr auf Kosten von Menschen geht, die nicht über viel Geld verfügen. Es ist ein Budget, das auf Kosten der Gemeinden und der Sozialhilfe geht, und das den Fachkräftemangel akzentuiert, weil bei den Investitionen in die Aus- und Weiterbildung gespart wird. Es ist ein Budget, das mit dem Abbau der Kulturförderung die Langeweile fördert. Unser Rat erfüllt den Volksauftrag in keiner Art und Weise. Er hat ein Finanzleitbild verabschiedet, das keine Lösungen aufzeigt. Der AFP ist bereits jetzt Makulatur. Obwohl der Kanton bereits sieben Jahre gespart hat, enthält das vorliegende Budget nochmals unzählige Spar- und Abbaumassnahmen. Trotzdem heisst es jedes Jahr, der Kanton befinde sich auf dem aufsteigenden Ast. Leider aber ist das Ende des Tunnels noch nicht zu sehen.

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: Unter dem Gesichtspunkt, ein gesetzeskonformes Budget zu erstellen, und vor dem Hintergrund der Ablehnung der Steuererhöhung haben die Regierung und die Verwaltung ihre Aufgabe erfüllt. Dafür war aber eine Lockerung der Schuldenbremse notwendig. Dem ging ein schmerzhafter Prozess für die vielen Angestellten und weitere direkt Betroffene voraus. Die Arbeitszeit der kantonalen Arbeitnehmer bleibt bis auf Weiteres erhöht; diese arbeiten in einem angespannten Arbeitsumfeld und dürfen neben dem „daily business“ noch einen weiterführenden einschneidenden Sparauftrag erledigen. Auch die vielen Institutionen, welche Staatsaufgaben erfüllen, stellvertretend die SEG-Institutionen wie auch die Polizei, sind durch die sich stetig folgenden Sparaufträge stark gefordert. Das Personal kommt an seine Leistungsgrenze und kann teilweise seine Aufgaben nicht mehr für sich selber zufriedenstellend erfüllen, so wie es seinen ethischen Ansprüchen entspricht. Auch die GLP ist gewillt, den Voranschlag zu verabschieden. Auch wir sind nicht wirklich glücklich mit dem nun vorliegenden Ergebnis. Wir hätten auch gerne in vielen Bereichen mehr Geld gesprochen. Wir mussten über unseren eigenen Schatten springen und Anträge ablehnen, obwohl wir diese inhaltlich als wichtig erachtet hätten. Wir haben deshalb auch darauf verzichtet, anlässlich der Beratung hier im Rat Anträge einzureichen. Eine Mehrheit der Stimmbeteiligten hat uns mit der Ablehnung zur Steuererhöhung einen Sparauftrag erteilt, den nehmen wir an. Wir haben ein gesetzeskonformes Budget, bezahlen aber einen hohen Preis dafür. Wie für das Jahr 2018 sind auch die in den folgenden Jahren geplanten Sparmassnahmen äusserst einschneidend. Dabei gehört Luzern zu den Kantonen mit den tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben. Für die GLP sind in vielen Bereichen die Grenzen beim Leistungsabbau erreicht, wir werden in gewissen Bereichen keinen weiteren Abbau mehr unterstützen. Ein lebenswerter Kanton ist für uns nicht nur abhängig von einer tiefen Steuerrechnung, da gehört mehr dazu. Gute Leistungen im Gesundheitswesen, Bildung, Sicherheit und Mobilität – Bereiche, welche zu einem grossen Teil vom Staat getragen werden – sind für viele so selbstverständlich. Nur wird häufig vergessen, dass diese Kosten auch gedeckt werden müssen. Die Lösung der Finanzprobleme liegt deshalb nicht nur in einer weiteren Überprüfung der Leistungen, sondern auch in Mehreinnahmen. Für die GLP stellen unter anderem auch das Verursacherprinzip und die Eigenverantwortung eine Leitschnur dar. Die GLP steht ein für einen progressiven und sozial fairen Staat, der mit all seinen Ressourcen haushälterisch umgeht. Die GLP wird den Voranschlag annehmen, ist aber nicht länger bereit dazu, in gewissen Bereichen weitere Einsparungen zu akzeptieren.

Für die SP-Fraktion spricht Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Wir haben im Kanton Luzern einen Satire-Newsletter – ich weiss nicht, ob Sie ihn abonniert haben. Dieser Satire-Newsletter kommt von der Finanzdirektion von Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Am 10. November 2017 verkündete er in einem Newsletter: „Über politische Erfolge unseres Kantons besteht Grund zur Freude.“ Nur Tage später hat er „mit Freude“ den tiefroten AFP mit Budget und die Hochrechnung 2017 der PFK präsentiert. Ich weiss nicht, wer von Ihnen bei der Beratung des AFP mit diesen Finanzaussichten Freude empfunden hat. „Wir wollen uns konsequent an die Fakten halten und jenes Bild vermitteln, welches der Wirklichkeit entspricht“, so lautet ein Zitat aus dem gleichen Newsletter vom 30. November 2017. Fakt ist, dass in den Planjahren bis 2021 eine finanzielle Lücke von mindestens 121 Millionen Franken besteht. Fakt ist, dass die Vorschläge der Regierung nichts anderes als Blackboxes sind und die Negativspirale des

Kantons weiter vorangetrieben wird. Da helfen auch alles Schönreden und der Verweis auf Statistiken nicht weiter – fragen Sie die Menschen auf der Strasse. Fakt ist, dass die Luzerner „never ending story“ unseren Ruf schädigt. Ja, wir werden von anderen Kantonen belächelt, schweizweit wird der Kopf geschüttelt. Fakt ist, dass die Perspektivlosigkeit auch für die Mitarbeitenden kaum noch auszuhalten ist. Sie nehmen die Regierung und das Parlament nicht mehr ernst; zu viele Versprechungen wurden gemacht, aber nicht eingehalten. Fakt ist auch, dass die Planlosigkeit dieser Finanzpolitik den Kanton, die Gemeinden und die Departemente untereinander spaltet. Jeder schaut nur noch zu sich selbst. Fakten liefern will das Filmprojekt der Kulturschaffenden mit „Luzern – Der Film“. Wer die Fakten nicht scheut, unterstützt das Filmprojekt mit einem Beitrag. Die CVP, die SVP und die FDP haben heute die Diskussion verweigert und unsere Anträge abgelehnt. Sie begnügen sich mit Platzhaltern der Regierung und zerzausen die bereits gemachten Vorschläge, bevor die Vernehmlassung endet. Ihre Kreativität reicht nur so weit, etwas aus dem genehmigten Finanzleitbild herauszupicken, wozu die Regierung sowieso den Auftrag hat. Das nennen die drei Parteien einen bürgerlichen Kompromiss, sie haben aber selbst keine Ideen, um aus dem Schlamassel herauszufinden. Die CVP scheint sich nicht daran zu erinnern, dass sie im September dieses Jahres noch erklärt hat, sie wolle bei der IPV, bei den Stipendien und bei der Polizei keine weiteren Einsparungen mehr. Wir wollten der CVP mit unserem Angebot ermöglichen, in den genannten Bereichen eine kleine Milderung herbeizuführen, indem wir den Handlungsspielraum von 3,7 Millionen Franken im Budget voll ausschöpfen, wohl wissend, dass der Handlungsbedarf viel grösser ist und sehr viele andere Bereiche auf dem Minimum laufen. Sie haben unsere Vorschläge abgelehnt. Ihre Politik ist einfach nur noch nett, und Sie beruhigen damit ihr schlechtes Gewissen. Sogar beim Thema Prämienverbilligung haben Sie die Diskussion verweigert. Eine glaubwürdige Politik sieht anders aus. Den AFP haben wir abgelehnt, weil er für uns keine Perspektive hat und bereits wieder Makulatur ist. Dieses Budget ist ein weiterer Tiefpunkt für unseren Kanton. Es wird nicht einmal auf tiefstem Niveau konsolidiert, es wird sogar noch weiter aktiv abgebaut. Die SP-Fraktion lehnt das Budget ab.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Moser.

Andreas Moser: Wir stehen kurz vor der Schlussabstimmung. Wir haben die Linke gehört, ich habe aber eine etwas andere Wahrnehmung. Ich stelle fest, dass eine Mehrheit dieses Parlaments weiterhin zur Steuerstrategie steht. Eine Mehrheit dieses Parlaments fasst das Nein zur Steuererhöhung als Sparauftrag des Volkes auf. Eine Mehrheit dieses Parlaments will mit der Genehmigung des Budgets 2018 Stabilität und Ruhe in die Finanzpolitik bringen. Eine Mehrheit dieses Parlaments will, dass der Kanton seine Leistungen priorisiert und sich auf die Kernaufgaben konzentriert. Eine Mehrheit dieses Parlaments will, dass die Finanzpolitik entlang der Leitplanken des Leitbildes gestaltet und umgesetzt wird. Sieht so ein Blindflug aus? Die richtige Flugrichtung ist doch für die Mehrheit dieses Parlaments klar, auch wenn uns die Linke immer das Gegenteil weismachen will. Natürlich sind wir nicht naiv und wissen, dass es auf dem Weg zum Ziel zu Turbulenzen kommen kann – Luftlöcher, dicke Wolkenberge, Gegenwind oder andere Hindernisse, die uns zwingen, ab und zu Korrekturen anzubringen. Trotzdem lassen wir uns nicht vom eingeschlagenen Kurs abbringen. Gemeinsam verfolgen die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP diesen Kurs. Sie übernehmen Verantwortung und handeln gemeinsam. Sie setzen um, was die Bevölkerung wünscht. Das Volk will keine neuen Steuern, es will Kosten sparen. Es will keine Neuverschuldung. Das Volk will einen Staat, der nicht immer mehr Mittel bekommt, sondern sich auf das Wesentliche beschränkt. Mit der Genehmigung des Budgets 2018 setzen wir heute einen ersten Nagel, um die Belastung in den Folgejahren so gering wie möglich zu halten. Für die AFP-Periode 2019–2021 erwarten wir vom Regierungsrat, dass er uns bis im Februar den Weg aufzeigt, wie er zu einem gesetzeskonformen nächsten AFP kommen will. Für die FDP bildet das genehmigte Finanzleitbild dabei die klare Richtschnur, daran werden wir zukünftige Vorschläge der Regierung messen. Im Gegensatz zu anderen Allianzen funktioniert die Allianz der bürgerlichen Parteien. Die CVP, die SVP und die FDP handeln verantwortungsbewusst, damit der Kanton weiterkommt. Ich danke allen

bürgerlichen Kantonsrätinnen und Kantonsräten, dass sie diesen eingeschlagenen Kurs mittragen.

Für die CVP-Fraktion spricht Ludwig Peyer.

Ludwig Peyer: Das vorliegende Budget ist kein Wunschbudget. Das vorliegende Budget ist insbesondere auch nicht unser Wunschbudget. Das vorliegende Budget ist aber ein realistisches Budget, und es ist insbesondere kein Untergangsbudget, denn unser Schiff, auf dem wir uns befinden, heisst Luzern und nicht Titanic. Das vorliegende Budget gibt uns Rechtssicherheit für die nächsten Jahre, das ist ganz wichtig. Wir stimmen diesem Budget auch aus Verantwortungsbewusstsein zu und weil drei unserer Kernforderungen – keine weiteren Kürzungen bei Polizei, IPV und Stipendien – im Globalbudget enthalten sind. Es ist schliesslich auch ein Resultat der Ausgangslage. Wir sind mit der Ausgangslage der Kostensteigerungen konfrontiert, andererseits aber auch mit der NFA-Problematik. Sie kennen diesen Fehlanreiz im NFA, den wir ja zu beheben versuchen. Gerade diese Ausgangslage rechtfertigt es, an zwei Seiten anzusetzen: auf der Ausgabenseite und auf der Einnahmenseite. Bei den Ausgaben haben wir im Rahmen dieses Budgets viele Massnahmen bei den Kürzungen mitgetragen und werden nächstes Jahr noch einige Ideen bringen. Bei den Einnahmen verlangen wir eine Gesamtschau, denn es geht nicht, dass die Regierung Einzelstücke wie die Dividendenbesteuerung oder den Eigenbetreuungsabzug präsentiert. Das ist für uns Salamtaktik und etwas strategielos. Wir verlangen ein mehrheitsfähiges Einnahmenpaket, das politisch abgestützt ist. Zum Schluss erinnere ich noch an zwei wichtige Sachverhalte. Erstens die Abstimmung über die Steuerfusserhöhung: Diese Abstimmung ging verloren. Ich staune manchmal, welche Interpretationspirouetten die Linke in diesen Volkswillen hineinsteckt. Zweitens: Wir haben das Budget 2017 im letzten Dezember nur verabschieden können, indem wir eine Neuverschuldung eingegangen sind. Diese zwei Sachverhalte sind wichtig. Ich schliesse mit dem Aufruf und der Feststellung, dass wir bereit sind, bei den Ausgaben weiter hinzuschauen, aber auch über Einnahmen zu diskutieren. Dabei muss es sich jedoch um ein mehrheitsfähiges, politisch austariertes Paket handeln.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Wir sind mit einer schwierigen Ausgangslage in diese Debatte gestartet, das Ergebnis darf aber niemanden erstaunen. Mit der Revision des FLG letzten Herbst haben wir die Weichen für das weitere Vorgehen gestellt. Die Regierung hat sich an diese Vorgaben gehalten. Die SVP trägt deshalb heute die Haltung der Regierung mit. Die bürgerlichen Parteien haben sich heute so verhalten, dass Ruhe in die Finanzpolitik kommt. Sie haben stufengerecht gesteuert und klar verlangt, wie der Voranschlag 2019 aussehen soll. Sie wollten ausgabeseitige Sanierungen, die Budgets einfrieren und Priorisierungen, so wie es die Regierung vorgeschlagen hat. Die Linken haben insofern recht, dass wir in einigen Bereichen tatsächlich nicht weiter sind. Die linke Seite hat aber nach wie vor nicht verstanden, dass der Kanton ein überproportionales Ausgabenwachstum nicht mit Steuererhöhungen lösen kann. Dabei handelt es sich um Symptombekämpfung, denn vier oder fünf Jahre später wäre man wieder gleich weit. Eine Mehrheit im Kanton will, dass gespart wird. Eine Mehrheit des Volkes wird sogar sagen, dass es in diesem Kanton noch zu keinen grossen oder schmerzhaften Eingriffen gekommen ist. Was braucht es jetzt? Es braucht Verständnis bei der Umsetzung der überwiesenen Bemerkungen. Eine Steuererhöhung bedeutet, jemandem Geld wegzunehmen, das er selber gebrauchen könnte. Steuererhöhungen werden immer private Investitionen belasten. Es braucht das Verständnis, dass es private Unternehmen sind, die im Kanton Luzern Stellen schaffen müssen. Für den Wohlstand braucht es ein wirtschaftliches Wachstum. Wenn wir Geld verteilen wollen, muss es zuerst von jemandem verdient werden. Es braucht das Verständnis, dass nicht jeder Staatseingriff die Situation verbessert und dass der Kanton Luzern nicht mehr Staat braucht, sondern eine systematische Deregulierung und eine Entbürokratisierung. Wir müssen in diesem Kanton etwas verändern, nämlich unser Verhalten. Wir müssen über das Gute im Kanton Luzern sprechen. Wir hören nur davon, wo der Kanton Luzern spart. Es gibt aber im Kanton Luzern mindestens ebenso viel, das sehr gut funktioniert. Es braucht eine

Verhaltensänderung bei den Parteien in unserem Parlament. Es kann nicht sein, dass wir jeden Tag ein neues Schwein durchs mediale Dorf treiben und irgendwo wieder einen neuen Skandal wittern. Die SVP steht hinter der Regierung. Die heute überwiesenen Bemerkungen müssen umgesetzt werden, dann kann der Kanton einer positiven Zukunft entgegenblicken. Die SVP stimmt dem Budget zu.

Ylfete Fanaj: Die Fraktionserklärungen sind den Fraktionsvorsitzenden vorbehalten. Da Armin Hartmann nicht Fraktionschef ist, hat er die ihm zustehende Redezeit von drei Minuten überschritten. Ich bitte die Vorsitzende, alle gleich zu behandeln.

Für den Regierungsrat spricht Regierungspräsident Guido Graf.

Guido Graf: Ich erlaube mir eine Bemerkung im Namen der Regierung. Aus Sicht der Regierung haben wir nicht alle Ziele erreicht. Wir konnten das Parlament zu keinen Mehreinnahmen motivieren. Das bedauern wir sehr. Manchmal aber scheint es, als hätten einige in diesem Saal das Gefühl, sie seien allein auf dieser Welt. Vergleichen Sie das Sparpaket des Kantons Luzern mit Sparpakten in anderen Kantonen. Uns geht es nicht so schlecht. Vergleichen Sie einmal die Kosten unseres Gesundheitssystems mit anderen Kantonen. Unser Gesundheitssystem bietet hervorragende Leistungen an. Vergleichen Sie die Leistungen der Universität Luzern und der Hochschule Luzern mit anderen Universitäten und Fachhochschulen. Wir können uns mit unserem Erfolgsmodell zeigen. Vergleichen Sie unsere Sicherheitsleistungen und die Polizeidichte mit anderen Kantonen. Auch dort sind wir noch dabei. Vergleichen Sie unsere jährlichen Investitionen im Hoch- und Tiefbau. Es sind enorme Summen. Was will ich damit sagen? Wir stehen vor Herausforderungen, und wir stellen uns diesen auch. Aber ich finde es nicht gut, wenn man immer nur vom Schlechten spricht. Wir haben eine hervorragende Ausgangslage mit einer tiefen Pro-Kopf-Verschuldung. Diese Ausgangslage müssen wir nützen. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, dem Budget zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Voranschlag 2018 des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 95 zu 22 Stimmen zu.